

- Eine umfangreiche Modernisierungsförderung ist ein wichtiges Instrument zur Beseitigung bestehender Mietverzerrungen, da sie zur Angleichung der Wohnqualität zwischen Altbau- und Neubaubestand wesentlich beiträgt. Die Förderung der Modernisierung muß gewährleisten, daß die durch den Modernisierungsaufwand bedingten Mieterhöhungen in tragbaren Grenzen bleiben.

Auszug aus einer Rede von Heinz O. Vetter, Präsident des Europäischen Gewerkschaftsbundes (EGB) und Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes, vor dem Großstädtekolloquium des EGB am 17. Januar 1979 in Frankfurt/Main

Gewerkschaften und allgemeine Lebensbedingungen

So mancher Zeitgenosse meint, die Gewerkschaften sollten ihre Arbeit auf die Betriebe und Verwaltungen beschränken, sich um Lohn- und Arbeitsplatzfragen kümmern und den Rest der Politik und den politischen Parteien überlassen.

Daß wir mit einer solchen Auffassung von der Begrenzung und Einengung gewerkschaftlicher Politik nicht übereinstimmen, zeigt die Tatsache, daß ich heute in Frankfurt am Main Gewerkschaftsdelegierte aus sieben europäischen Metropolen im Namen des Europäischen Gewerkschaftsbundes begrüßen darf, die sich im Verlauf der nächsten Tage mit dem Zusammenhang zwischen gewerkschaftlicher Politik und den Lebensbedingungen der arbeitenden Menschen in den großen Ballungsgebieten beschäftigen werden . . .

In diesen Zentren kumulieren sich die Folgen der jeweiligen wirtschaftlichen und sozialen Entwicklungstendenzen. Hier präsentiert sich der Zustand unserer Gesellschaft unverhüllt und ohne Umschweife. Frankfurt am Main ist ein solcher Platz. Die gesellschaftlichen Widersprüchlichkeiten lassen sich hier im Detail und unmittelbar erfahren.

- Entvölkerung der Innenstädte,
- Belagerung der Großstädte durch Schlaf- und Trabantenstädte,
- Gettoisierung,
- Zerstörung von Wohn- und Lebensqualität,
- unermeßliche Umwelt- und Verkehrsprobleme,
- Verslumung von Wohnvierteln,
- Bodenspekulation und Kommerzialisierung bis auf den letzten Quadratzentimeter.

Diese Schattenseite der Wachstumsgesellschaft könnt Ihr, liebe Kolleginnen und Kollegen, in dieser Stadt Frankfurt exemplarisch studieren. Aber auch die keinesfalls immer erfolglosen Versuche der kommunalen Politik, mit diesen Problemen fertig zu werden und angemessene Lösungen durchzusetzen.

Gerade in der Bundesrepublik und insbesondere hier in Frankfurt gibt es immer wieder Versuche von Bürgern, in projektorientierten Zusammenschlüssen und in Bürgerinitiativen negative Entwicklungen aufzuhalten. Diese Tendenzen sind notwendiger Bestandteil einer demokratisch verfaßten Massengesellschaft.

An diesem Punkt setzt aber auch die Aufgabe und die Verantwortung der Gewerkschaftsbewegung ein. Bei uns geht der Satz um: „Die größte Bürgerinitiative im Lande ist die Gewerkschaftsbewegung.“

Darin steckt ein wichtiger Kern: Die Gewerkschaften sind in der Tat die umfassendste außerparlamentarische Kraft, die als einzige Organisation in der Lage sein dürfte, für einen vernünftigen Kompromiß zwischen wirtschaftlicher und kultureller Vernunft zu sorgen.

Wohnverhältnisse, Stadtentwicklung und soziale Beziehungen

Eine Rentabilität (von Vetter nicht nur auf Kapitalrendite, sondern auch auf die sozialen und kulturellen Infrastrukturen bezogen, Anm. der Redaktion) — läßt sich nicht nur in Mark und Pfennig ausdrücken, sondern ist ein Zugewinn an Lebensqualität. Die Art, in der industrielle Beziehungen ausgestaltet werden, prägt auch die Art des Lebens und Zusammenlebens außerhalb der Arbeitswelt. Arbeitsbeziehungen sind nicht eine und Lebensbeziehungen eine andere Sache. Das eine ist die Folge des anderen, und aus diesem Zusammenhang ergibt sich für die Gewerkschaften nicht nur der Anspruch, sondern die Verpflichtung zu einer umfassenden Wahrnehmung ihrer Aufgaben.

Ich will an einigen Beispielen demonstrieren, wie sich beispielsweise Wohnverhältnisse auf soziale Beziehungen auswirken. Dabei stütze ich mich auf die Untersuchung einiger Soziologen, die sich mit den individuellen und sozialen Auswirkungen von Stadtrand-siedlungen vor einigen Jahren auseinandergesetzt haben. Diese Studie kommt unter anderem zu folgenden Erkenntnissen:

- „Die Wohnverhältnisse haben eine unmittelbare Auswirkung auf das gesellschaftliche Verhalten der Menschen.
- Unter den Lebensbedingungen schlafstadtdähnlicher Wohnverhältnisse findet ein Rückzug in die private Sphäre statt.“

Darüber resultiert natürlich auch eine nachlassende Bereitschaft, sich politisch zu engagieren. So gehören von den berufstätigen Männern in München, die als Facharbeiter, als angelehrte und als ungelernete Arbeiter beschäftigt sind, 49 Prozent einer Gewerkschaft an. In den neuen Siedlungen der gleichen Stadt hegt der Anteil der gewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmer spürbar niedriger, nämlich bei 37 Prozent.

Ein weiterer Umstand wird auf Dauer auch Eingang in die gewerkschaftliche Tarifpolitik finden müssen. Durch die Wohnungsbaupolitik der letzten Jahrzehnte sind immer mehr Menschen aus den Städten in die Vororte und Trabantenstädte gezogen. Wohnen in den Innenstädten ist aufgrund der enormen Bodenpreise zu einem relativen Luxus geworden.

Die früher in den Städten vorhandenen Kommunikationsmöglichkeiten und Kultur- und Freizeitangebote sind aber nicht mit den Einwohnern aufs Land gezogen. Für die Wohnbevölkerung außerhalb der Städte gibt es also ein quantitativ und qualitativ geringeres Kultur- und Freizeitangebot. Von diesem Defizit sind die Arbeitnehmer am stärksten betroffen. Besonders aber schlägt die Tatsache durch, daß im Gefolge der Wohnungsbaupolitik fast immer auch ein teilweise erheblicher Mehraufwand an Zeit nötig geworden ist, um an den Arbeitsplatz zu gelangen. Wege von mehr als zwei Stunden pro Tag, um zum Arbeitsplatz zu kommen, sind in den Ballungszentren heute keine Seltenheit mehr. Das macht, will man Fahrzeiten zum Arbeitsplatz nicht der Freizeit zuschlagen, aus einem 8-Stunden-Tag schnell einen 10-Stunden-Tag.

Das hebt ganz zweifellos einen Teil der Arbeitszeitverkürzung wieder auf, den die Gewerkschaften in den letzten Jahrzehnten erstreiten konnten. Auch unter diesem Gesichtspunkt verdient die von fast allen europäischen Gewerkschaften aufgestellte Forderung nach schrittweiser Einführung der 35-Stunden-Woche besondere Diskussion. Und das ist auch ein Beispiel dafür, wie soziale Fortschritte durch gewisse gesellschaft-

liche Entwicklungen teilweise wieder in Frage gestellt werden können. Nur bedingt konnte dieser zeitliche Mehraufwand durch einen entsprechenden quantitativen und qualitativen Ausbau des öffentlichen Verkehrsnetzes verringert werden. Deshalb ist auch die Gestaltung des öffentlichen Nahverkehrs und seine vorrangige Förderung eine unserer Forderungen.

Wir wenden uns entschieden gegen die insbesondere bei den Industrieverbänden und ihren politischen Freunden festzustellende Tendenz, die soziale Qualität der öffentlichen Dienstleistungen durch den ständigen Versuch der Privatisierung abzubauen. Das geht zu Lasten der arbeitenden Bevölkerung. Öffentliche Unternehmen dürfen nicht unter privatwirtschaftlichen und renditeorientierten Gesichtspunkten geführt werden, sonst verlieren sie schnell ihre Eigenschaft als allen zugängliche Dienstleistungsunternehmen. Die Privatwirtschaft will sich dabei natürlich nur die Rosinen aus dem Kuchen herauspicken.

Bildungserfordernisse in Ballungsgebieten

Wir erwarten vom Staat, daß er durch eine zwar verantwortungsbewußte, aber auch hinreichend expansive Ausgabenpolitik jetzt die immer noch vorhandenen Defizite im Bereich von Transport, Gesundheit, Wohnungsbau und Bildung abbaut. Den Kommunen fällt vor allem im Bereich der Bildung eine besondere Rolle zu. Bildung soll dabei natürlich nicht nur als schulische Bildung im

traditionellen Sinne verstanden werden, sondern ausgeweitet werden auf alle Bereiche der außerschulischen Bildung. Ein solches Bildungsangebot nur in den Dienst der beruflichen Weiterbildung zu stellen, wäre falsch.

Wichtig ist vor allem, daß sie zur Emanzipation der Arbeitnehmer beiträgt, daß sie die besonderen und zu einem erheblichen Teil neuen Aspekte, die sich gerade in den großen Städten ergeben haben, aufgreift. Ich will an einigen Stichworten klarmachen, was ich damit konkret meine: Die zahlreichen ausländischen Kollegen, die in den großen Städten leben und die einen erheblichen Anteil an der Wohnbevölkerung gerade der Innenstädte haben, sehen sich Anpassungsschwierigkeiten gegenüber, die sie allein nicht bewältigen können. Sie brauchen ein speziell auf ihre Bedürfnisse gerichtetes und von ihnen beeinflussbares Bildungsangebot. Nur so kann ihnen Integration erleichtert werden. Nur so kann ihnen aber auch die notwendige Wahrung ihrer kulturellen Identität ermöglicht werden.

Die Einleitung eines solchen Prozesses überall und mit Schwerpunkt in den Ballungsgebieten ist vor allem im Hinblick auf die immer größer werdenden sozio-kulturellen Eingliederungsprobleme der hier geborenen Kinder ausländischer Arbeitnehmer erforderlich. Vorschulische Erziehung und Erwachsenenbildung — das müssen Eckpfeiler der kommunalen Bildungspolitik sein. Sie muß sich konkret an den Bedürfnissen der städtischen Bevölkerung orientieren und auf ihren Erfahrungen basieren.